

PresseInformation

Mautanhebung, wenn überhaupt nur bei strenger Zweckbindung

IHK-Verkehrsumfrage: Unternehmer rügen Politik- versagen

Der Staat hat seine Hausaufgaben nicht gemacht und dabei den Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sträflich vernachlässigt. Er muss deshalb deutlich mehr Mittel als bisher in die Verkehrsinfrastruktur investieren. So lautet das zentrale Ergebnis einer Umfrage der Industrie- und Handelskammern im Rheinland, an der sich rund 1.200 Unternehmen beteiligt haben. Dieses eindeutige Signal von über 90 Prozent der antwortenden Unternehmen sollte die Politik veranlassen, ihren Ankündigungen nunmehr konkrete Taten folgen zu lassen. „In den nächsten 15 Jahren benötigen wir jedes Jahr zusätzlich 7,2 Milliarden Euro, um das bestehende Verkehrsnetz wieder auf Vordermann zu bringen, und zwar ohne Neu- und Ausbau“, so Ulf Reichardt, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu Köln, die turnusgemäß die Geschäfte der IHK Initiative Rheinland führt. Dabei wünschen die Unternehmen ganz eindeutig, dass das Geld nicht derjenige bekommt, der am lautesten schreit. Vielmehr soll es in die Regionen mit der höchsten Verkehrsintensität fließen – und das ist nun einmal das Rheinland bzw. Nordrhein-Westfalen. Voraussetzung, vom Bund Geld abzurufen, ist allerdings, Verkehrsprojekte auch baureif zu machen. „Da hinkt NRW z. B. gegenüber Bayern noch deutlich hinterher“, so Kurt Schmitz-Temming, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der IHK Bonn/Rhein-Sieg und Projektleiter der rheinischen Industrie- und Handelskammern.

Zwar nimmt der Bund jährlich über 50 Milliarden Euro aus dem Verkehr ein, für Unterhalt und Aus- und Neubau der Verkehrsinfrastruktur stellt er aber nur zehn Milliarden jährlich zur Verfügung, davon nur etwa über sechs Milliarden für Autobahnen und Bundesstraßen. „Mangels Zweckbindung werden mit dem ganz überwiegenden Teil der Einnahmen andere Löcher im Haushalt gestopft“, so Reichardt. „Es ist jetzt an der Zeit, dass der Staat seine Verantwortung für funktionierende und leistungsfähige Infrastrukturen wahrnimmt.“

Seit vielen Jahren wird die Infrastruktur im Rheinland verschlissen und der Nachholbedarf ist enorm, wie auch im Rest der Republik. Kein Wunder, dass

30.08.2013

Pressesprecher

IHK Köln

Dr. Arnd Klein-Zirbes
Unter Sachsenhausen 10-26 |
50667 Köln
Telefon 0221 1640-160
www.ihk-koeln.de

IHK Aachen

Fritz Rötting
Theaterstr. 6-10 | 52062 Aachen
dienst@aachen.ihk.de
Telefon 0241 4460-231
www.aachen.ihk.de

IHK Bonn/Rhein-Sieg

Michael Pieck
Bonner Talweg 17 | 53113 Bonn
Telefon 0228 2284-130
www.ihk-bonn.de

IHK Düsseldorf

Antje Mahn
Ernst-Schneider-Platz 1 |
40212 Düsseldorf
Telefon 0211 3557-251
www.duesseldorf.ihk.de

IHK Mittlerer Niederrhein

Lutz Mäurer
Nordwall 39 | 47798 Krefeld
Telefon 02151 635-358
www.mittlerer-niederrhein.ihk.de

IHK Wuppertal-Solingen- Remscheid

Thomas Wängler
Heinrich-Kamp-Platz 2
42103 Wuppertal
Telefon 0202 2490-110
www.wuppertal.ihk24.de

die Unternehmen überwiegend mit den jetzigen Verkehrsverhältnissen unzufrieden sind. Der Sanierungsstau muss abgearbeitet werden. Daneben gilt es aber auch, vorhandene Verkehrsengpässe und Lückenschlüsse zu beseitigen.

Die Betroffenheit in der NRW-Wirtschaft ist offenbar groß. Abgelastete oder gar für LKWs gesperrte Brücken, Schlaglöcher und täglich bis zu mehreren hundert Kilometern Staus in Nordrhein-Westfalen sind inzwischen an der Tagesordnung. Die Unternehmen kämpfen täglich mit ihren Liefer- und Produktionsverpflichtungen. Diese Probleme haben dazu geführt, dass etwa jedes dritte Unternehmen sogar eine Ausweitung der LKW-Maut auf alle Straßen (34,9 Prozent) beziehungsweise auf alle LKWs ab 3,5 Tonnen (34,3 Prozent) und 38,3 Prozent die Einführung einer PKW-Maut in Kauf nehmen würden. Voraussetzung dafür ist aber eine strenge Zweckbindung, bei der die zusätzlichen Mittel ausschließlich der Straße zugutekommen. Zugleich lehnen 32,5 Prozent der befragten Unternehmen allerdings jede Art der Mautausweitung kategorisch ab.*

Trotz aller politischen Bemühungen, Schiene und Wasserstraße zu stärken, bleibt die Straße für die Wirtschaft auch zukünftig der wichtigste Verkehrsträger. Auch dies hat die aktuelle IHK-Umfrage erneut bestätigt. Dies gilt über alle Straßenkategorien hinweg von der Autobahn (90 Prozent) bis zu den Landesstraßen (81 Prozent). Mit weitem Abstand folgen Luftverkehr (39 Prozent), Schiene (32 Prozent) und Wasserstraßen (22 Prozent). Aber auch hier warnt die IHK vor falschen Schlussfolgerungen: „Insbesondere in der Industrie und in der Logistikbranche gibt es bedeutende Unternehmen, die auf Flughäfen, Schiene und Wasserstraße zwingend angewiesen sind. Insofern muss die Leistungsfähigkeit auch diese Verkehrsträger weiter verbessert werden“, unterstreicht Schmitz-Temming. Die Umfrageergebnisse belegen dies: Jedes vierte Unternehmen kann sich zukünftig eine stärkere Nutzung von Schiene und Wasserstraße vorstellen. Als Voraussetzung hierfür sehen die Unternehmen eine Verbesserung der Angebote im Kombinierten Verkehr (22 Prozent) sowie eine insgesamt höhere Zuverlässigkeit beziehungsweise Pünktlichkeit der Bahn (17 Prozent).

Beim Thema „Lang-LKW“ gehen die Meinungen auseinander. Die Hälfte der antwortenden Unternehmen (53 Prozent) spricht sich für eine generelle Zulassung aus, jedes dritte Unternehmen ist dagegen (31 Prozent). Als Grund für die Ablehnung wird insbesondere das Thema „Verkehrssicherheit“ benannt.

* Bei diesem Fragekomplex waren Mehrfachnennungen möglich.